

Ist "Arbeit" ein konservativer Wert geworden?

Wie können progressive Kräfte der Gegenwart den gesellschaftlichen Beitrag, der durch (gelernte und ungelernete unselbstständige Erwerbs-) Arbeit geleistet wird, wertschätzend anerkennen - ohne in "Leistungsdiskurse" zu verfallen?

Unser Beitrag baut auf zwei subsequenten Forschungsprozessen auf. Paulus hat zwischen 2018 und 2020 über 100 Interviews mit Menschen in Österreich und Deutschland durchgeführt, die von Beruf "Arbeiter(in)" sind, d.h. Fach- und HilfsarbeiterInnen quer durch alle Berufssparten, Altersgruppen und Wirtschaftssektoren. Thema der Interviews waren einerseits Einstellungen zu wohlfahrtsstaatlicher Politik, andererseits eine biographische Verortung der Herausbildung dieser Einstellungen ("*attitude formation*") und ihnen zugrundeliegender Justifizierungs- und Wertemuster.

Den policy-attitudes vieler der befragten ArbeiterInnen liegen Wertemuster zugrunde, die "Arbeit" (im Sinne von Erwerbsarbeit) als zentrale Partizipationsweise in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik positionieren. Sie tendieren zu einer Präferenz für Parteien/PolitikerInnen, die das ebenso tun. Dies sind jedoch, in der Gegenwart, vermehrt solche, die auf der "zweiten Dimension" des politischen Konflikts, d.h. der "Wertedimension"¹ als "autoritär" gelten - und den Wert der "Arbeit" auf eine Weise ansprechen, die in der Literatur als "produktivistisch" bzw. "*producerist*" bezeichnet wird und konkret in Österreich unter dem Stichwort "Leistungsdiskurs" berühmt geworden ist. Dies sind oft konservative und radikal-rechte AkteurInnen.

Sozialdemokratische, grüne, liberale oder (radikal-)linke politische AkteurInnen der Gegenwart scheinen den Wert von "niedrig" und "mittel" qualifizierter Erwerbsarbeit insgesamt recht wenig bzw. mit geringer Signalwirkung anzusprechen. Anders ausgedrückt, die "Neue Linke" in ihren verschiedenen Manifestationen scheint sich in einem "post-Arbeit"-Diskurs zu bewegen. Sie spricht den Wert "Arbeit" nicht oder nicht in einer Weise an, die mit ArbeiterInnen resoniert.

Um diese Frage und die hier lose formulierten Hypothesen systematisch zu erforschen, haben wir einen zweiten Forschungsprozess begonnen, in dem wir Österreich als Fallbeispiel wählen und sowohl qualitative als auch quantitative Analysen von Textkorpora durchführen, um zu determinieren, welche politischen Parteien seit den 1990er Jahren welche Konzepte und Valorisierungen von "Arbeit" beworben haben.

¹ Induktiv-quantitative Analysen (Faktor- bzw. Prinzipalkomponentenanalysen) von Datensets zu politische Präferenzen zeigen, dass der "politische Raum" multidimensional ist. Im Europa der Gegenwart lässt er sich v.a. durch zwei Dimensionen beschreiben: eine "sozio-ökonomische" Dimension (auch "links-rechts" genannt), die generalisierte Präferenzen für expansive vs. restriktive Budgetpolitik und staatlichen Interventionismus ausdrückt ("Staat versus Markt", die saliente Dimension der Nachkriegszeit und des globalen Block-Konflikts) sowie eine "Wertedimension", die oft dahingehend interpretiert wird, dass sie Präferenzen in "nicht-ökonomischen" oder "Identitäts-"Fragen ausdrückt, und einen "liberalen" einem "autoritären" Pol gegenüberstellt.

In einem ersten Schritt haben wir die APA-Aussendungen sämtlicher politischer Parteien auf Stichwörter hin untersucht. Es ergibt sich, dass nach einem Reflexionsprozess über Neupositionierungen innerhalb der ÖVP während der frühen 1990er Jahre, in dem sowohl der Wirtschaftsbund als auch der ÖAAB eine führende Rolle spielten, das Konzept des "Leistungsträgers" ge-coined wurde: ursprünglich auf UnternehmerInnen und ManagerInnen bezogen, wurde dieses auf "besonders produktive" Arbeitskräfte ausgeweitet, und schließlich als moralisierendes Konzept auf die Gesamtheit der white-collar und blue-collar Arbeitskräfte ausgeweitet. Positionierungen der FPÖ (damals unter Jörg Haider) trugen zu dieser Entwicklung bei: so wurde von dieser vehement festgehalten, dass "Feuerwehrmänner und Polizisten" ebenso als "Leistungsträger" zu bezeichnen seien. Die Positionierungen der SPÖ in dieser Debatte waren in Konsequenz wie folgt: die Gültigkeit eines "Leistungsdiskurses" und eines unsozialen, reinen "Leistungsdenkens", welches zudem dem Kaschieren der Interessen von wenigen, gar nicht unbedingt viel "Leistenden" dient, wurde konsequent zurückgewiesen. Es wurden allerdings gleichzeitig keine alternativen (z.B. progressiven) wertschätzenden Anerkennungsformen von (low- & mid-skilled) Erwerbsarbeit angeboten - sondern dieser Bedarf schlicht ignoriert.

Wir möchten diese Analyse auf weitere Textkorpora wie Parteiprogramme, Parlamentsreden (Parlagram des Momentum Instituts) und Medieninhalte (u.a. Google Ngram) ausweiten. Aufbauend auf Ludwigs Methodenkenntnissen werden wir dabei insbesondere quantitative Analysen durchführen (Bibliometrie, textual analysis).

Die finale Frage, auf die wir hinarbeiten, ist: muss man "autoritär" bzw. auf der Wertedimension "konservativ" sein, um in der Gegenwart effektiv (d.h. mit Resonanz) den Wert "Arbeit" anzusprechen - der doch lange Zeit der Sozialdemokratie zugrunde lag? Selbst wenn ein guter Teil der Wählerschaft zeitgenössischer progressiver Parteien in einer Welt lebt, in der "Arbeit" etwas anderes bedeutet, als es das in der Industriegesellschaft der Nachkriegszeit tat (viele Beiträge des diesjährigen Momentum-Treffens besprechen dies im Detail): kann man denn nicht eine Diversität an sozialen Partizipations- und Kontributionsformen wertschätzend anerkennen, unter denen gelernte und ungelernete Erwerbsarbeit, wie sie die Sozialdemokratie ursprünglich vertrat, schlicht und ergreifend eine von mehreren ist? Wir werden auf einige aus unseren Analysen resultierende Diskurs- und Programmelemente hinweisen, die eine solche Brücke schlagen könn(t)en.

Paulus Wagner, Doktorand in Politischer Soziologie, Sciences Po Paris, Center for European Studies (CEE) / Laboratory for Interdisciplinary Evaluation of Public Policy (LIEPP)

Ludwig List, Doktorand in Volkswirtschaftslehre, Université Paris 13, Sorbonne Paris Cité